

Freiheit, Gleichheit und Intoleranz Das klassisch-liberale Credo der Meinungsfreiheit und der Freiheitsrechte hat nicht verhindern können, dass europäische Öffentlichkeiten und Lebenswelten zu Tummelplätzen des Kulturkampfes und der mangelnden interkulturellen Solidarität geworden sind. Außereuropäische Kulturen und Religionen, und insbesondere der Islam, werden nur von einer Minderheit als Teil der zeitgenössischen europäischen Kultur anerkannt. Was kann dagegen getan werden? *Von Kai Hafez*



Eines der Hauptprobleme liberaler Demokratien in Europa stellt heute die Tatsache dar, dass in der bürgerlichen Gesellschaft islamfeindliche Haltungen, die als eine spezifische Form von Rassismus zu kennzeichnen sind, äußerst verbreitet sind. Der weitgehend inklusive Charakter des politischen Systems sowie die grundsätzlich positive Haltung von Mehrheiten und Minderheiten gegenüber dem System haben leider nicht zu dem gesellschaftlichen Frieden geführt, den man sich erhoffen konnte. Unter der Oberfläche der Systemtreue und der Stabilität politischer Systeme schlummern erhebliche Konflikte zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen in Europa. Wenn eine Mehrheit nicht an die Verfassungstreue einer Minderheit glaubt, ihr jegliche soziale Integrationsbereitschaft

und kulturelle Passfähigkeit abspricht, und wenn sich die Minderheit in hohem Maße diskriminiert fühlt, dann leben wir in einer instabilen Angstgesellschaft.

Feindbilder haben heute in Europa Konjunktur, sie reichen tief in die bürgerliche Gesellschaft. Während nur eine Minderzahl sich offen zum Rassismus bekennt, glaubt der überwiegende Teil der Mehrheitsgesellschaft, der Islam sei gewaltsamer als das Christentum und/oder nicht vereinbar mit westlichen Werten und der westlichen Kultur. Alltagsdiskriminierung ist keine zwangsläufige, allerdings eine verbreitete Reaktion. Islamfeindliche Gewalt ist zwar relativ selten, sie ist aber ein in ganz Europa vorhandenes Problem, wenngleich dies öffentlich noch wenig Beachtung findet.

Der inhaltliche Wendepunkt für das Islambild waren nicht die Attentate vom 11. September 2001, sondern es war die Iranische Revolution von 1978/79. Hier wurde die im europäischen Kulturerbe angelegte latente Islamfeindlichkeit durch die Politisierung einer fundamentalistischen Bewegung neu belebt. Die Attentate von 2001 haben an der Substanz des Islambildes wenig verändert, das Ereignis war aber für den gesellschaftlichen Umgang des Westens mit dem Islam von entscheidender Bedeutung.

Es führte zu einem Dambruch bei der Entwicklung des „Feindbildes Islam“ bei rechtspopulistischen Parteien, zu verstär-

akter Diskriminierung und auch zu Gewalt gegenüber Muslimen. Es existieren gewisse Unterschiede in der Wahrnehmung des Islams in einzelnen europäischen Ländern: Eine grundlegende Islamfeindlichkeit ist gerade in Zentraleuropa sehr verbreitet, wohingegen sie in westeuropäischen Staaten leicht gedämpft in Erscheinung tritt.

Öffentliche Islambilder tragen in Europa deutliche Züge einer Art kollektiven Wahrnehmungsextremismus: Sie sind hochgradig selektiv, parolenartig, stark abwertend und lassen einen radikalen Denkstil erkennen. Diese Negativbilder des Islams als „rassistisch“ zu bezeichnen, ist insofern berechtigt, als wir heute von einem „Rassismus ohne Rassen“ sprechen, der weniger physische Merkmale als vielmehr die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur/Religion zum Differenzkriterium erhebt. Rückentwicklungen zum genetischen Rassismus werden bisher von der Mehrheit der Europäer und in den großen Medien zurückgewiesen, der kulturelle Rassismus hingegen wird gar nicht als Rassismus betrachtet und banalisiert.

Nur durch diese Umstrukturierungen von Fremdenbildern ist es möglich, dass ein großer Teil der europäischen Bevölkerungen

„Der Wendepunkt für das Islambild waren nicht die Attentate vom 11. September 2001, sondern es war die Iranische Revolution von 1978/79. Hier wurde die im europäischen Kulturerbe angelegte latente Islamfeindlichkeit durch die Politisierung einer fundamentalistischen Bewegung neu belebt.“

heute von sich behauptet, nicht rassistisch zu sein, sich offen gegen den Antisemitismus wendet und zugleich negative Vorurteile gegenüber dem Islam und den Muslimen pflegt. Islamfeindlichkeit wird durch dieses Wechselspiel zu einer Art politisch korrekter Salon-Islamophobie, die bis tief in die bürgerlichen Kreise hineinreicht und keineswegs ein extremes und radikales Element, sondern eine europäische Volkskultur darstellt.

Zwar ist die Islamfeindlichkeit der Mehrheit nicht unbedingt intentional, sie muss sich weder in Alltagsdiskriminierung noch in islamfeindlicher Gewalt äußern. Sie wird aber, dafür gibt es genügend Anhaltspunkte, von rechtsextremen islamfeindlichen Gewalttätern als treibende Kraft für deren Taten verstanden. In diesem Sinne trägt die bürgerliche Gesellschaft eine zumindest indirekte Verantwortung für islamfeindliche Attentate, wie sie in Deutschland und Norwegen geschehen sind. Die Taten Einzelner liegen durch die fremdenfeindliche Ausstrahlungskraft, die populäre Islambilder haben, in der Verantwortung aller.

Die Wissenschaft kann kein Interesse daran haben, reflexhaft der Mehrheit „Rassismus“ und Minderheiten „Integrationsverweigerung“ vorzuwerfen, vielmehr geht es heute um eine differenzierte Bilanz der Einstellungen und Verhaltensweisen von Muslimen und Nicht-Muslimen. Islamophobie ist deutlich verbreiteter als fundamentale Aversionen der Muslime Europas gegen die westliche Kultur und die christliche Religion. Der Eindruck der Asymmetrie der wechselseitigen kulturellen Wahrnehmungen ist durchaus erklärbar, denn er folgt dem Machtgefälle, das zwischen beiden Gruppen in Europa besteht – in der islamischen Welt herrschen vielfach ähnliche Ressentiments gegenüber autochthonen re-

ligiösen Minderheiten. Dass kulturelle Hegemonie in modernen Einwanderungsgesellschaften ausgelebt wird, ist denn auch ein weltweit ungelöstes Problem. Europa macht hier, trotz seines freiheitlichen politischen Rahmens, keine Ausnahme.

Nicht jedes Feindbild ist unberechtigt, zumal es auch reale Feinde gibt. In der Tat finden sich in einzelnen Teilen der muslimischen Population in Europa erhöhte Kriminalitätswerte, Bildungsdefizite und Zeichen für ökonomische Deprivation. All diese Probleme sind nicht von der Hand zu weisen, und zwar auch dann nicht, wenn man dem Begriff der „Integration“ kritisch gegenübersteht. Aus Sicht der liberal-demokratischen Politik- und Gesellschaftstheorie muss man politische, ökonomische und kulturelle Minimalanforderungen an Einwanderer streng trennen von der durch das System ja gerade gewollten und erzeugten Freiheit zur Differenz in der pluralistischen Gesellschaft.

Aktuelle Probleme vieler Einwanderer berühren aber in der Tat die Grundlagen der gesellschaftlichen Solidarität, sodass Integrations- und Anerkennungspolitik miteinander verbunden werden müssen. Dabei zeigen alle empirischen Untersuchungen, dass die Integrationsprobleme von Muslimen in Europa wenig mit der Religion des Islams zu tun haben. Statistisch ist ganz eindeutig, dass nicht die Religionszugehörigkeit und nicht einmal der Grad der Religiosität ausschlaggebend ist, sondern die soziale Herkunft, die wiederum oft mit der regionalen Herkunft der Einwanderer in Verbindung steht. Zum Beispiel besitzt die türkische Einwanderung nach Deutschland eine ganz andere soziodemographische Struktur als die arabische und iranische, die arabische Einwanderung nach Frankreich wiederum ist anders als die nach Deutsch-

„Dass kulturelle Hegemonie in modernen Einwanderungsgesellschaften ausgelebt wird, ist denn auch ein weltweit ungelöstes Problem. Europa macht hier, trotz seines freiheitlichen politischen Rahmens, keine Ausnahme.“

land. Iraner und viele Araber in Deutschland weisen sehr gute Integrationswerte auf, und auch innerhalb der stark türkisch geprägten, sozial deprivierten Schichten bestehen sehr viele verschiedene Facetten der Integration.

Trotz real existierender Probleme gibt es zu gesellschaftlichem Alarmismus und zu übertriebener Angst vor „Parallelgesellschaften“ keinen Anlass. Zudem beweisen Muslime insgesamt nicht nur ein hohes Vertrauen in das Politik- und Gesellschaftssystem der europäischen Staaten, extremistische politische Einstellungen sind auch nicht häufiger vorzufinden als im Rest der Gesellschaften. Für Kulturalisierung und Islamophobie gibt es also keinen Grund.

Aus theoretischer Sicht gibt es zwar mittlerweile sehr viel Literatur über Toleranz und Anerkennung. Deren Positionen werden aber nur selten mit der liberalen Demokratietheorie verbunden. Diese Schwäche des liberalen Denkens ist von anderen Theorierichtungen kritisiert worden, in den USA maßgeblich vom Kommunitarismus, zu dem letztlich auch der „multikulturelle Nationalismus“ zu zählen ist. Es scheint kaum möglich zu sein, aus den negativen Toleranzforderungen der liberalen Theorie eine positive Toleranzgesellschaft abzuleiten, in der multikulturelle Gemeinschaftsideale vorherrschen.

Betrachtet man die Ursachen für den

Rassismus, so stellt man tatsächlich fest, dass ungeachtet ideologischer und machtpolitischer Vorgaben des politischen Systems zahlreiche Ursachenkomplexe tief in den Gesellschaftsstrukturen der Moderne verborgen liegen. Die Probleme der interkulturellen Kontaktarmut, der globalen Bildungsdefizite, sozialen Deprivation und Ausgrenzung von Einwanderern werden durch eine liberale Politiktheorie allein nicht zu lösen sein.

Die Frage steht im Raum, wie die Metawerte von Toleranz und Anerkennung gefestigt werden können, ohne dabei zu traditionellen Gruppenideologien und künstlichen Formen der Islamisierung zurückkehren zu müssen, die ja gerade den Rohstoff für moderne ethnisch-religiöse Feindbilder liefern. Moderne Anerkennung in der multikulturellen Gesellschaft beinhaltet die Akzeptanz des Anderen ebenso wie die Zurückweisung von mit den Menschenrechten und dem liberalen Prinzip der Demokratie unvereinbaren Denk- und Verhaltensweisen. Sie ist konfliktoffen und dialogintensiv. Allerdings ist der Anerkennungs- und Toleranzdiskurs bislang weitgehend ein Annex von rechtsstaatlichen Debatten geblieben, in der liberalen Demokratie und bei der Bekämpfung von Islamfeindlichkeit aber geht es in hohem Maße um Probleme, die das Rechts- und Politiksystem allein nicht lösen kann.

Habituell-kulturelle Abwehrreaktionen

Wertedefizite: Der Zusammenhang zwischen Islamophobie und autoritären dogmatischen Werten ist gerade in Ländern wie Deutschland, den Niederlanden, Italien und Großbritannien stark ausgeprägt; Werte der Religionsfreiheit sind zwar verbreitet, haben sich aber in Europa – offenbar anders als

in den Vereinigten Staaten – nicht mit den Werten einer Einwanderungsgesellschaft verbunden und scheinen auf die christliche – und die jüdische? – Religion beschränkt zu sein.

Soziale Deprivation: Islamophobie ist auch von sozioökonomischen Faktoren abhängig. Islamfeindlichkeit ist also zumindest teilweise „konjunkturbedingt“, ähnlich wie beim Antisemitismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Allerdings wäre es verkürzt, Islamophobie als Folge von Armut betrachten zu wollen, denn es geht um relative Deprivation: Auch wachsende Abstiegstendenzen der Mittelschicht stärken gerade deren habituell-kulturelle Abwehrreaktionen.

Kulturelle Distinktion und kulturelle Ablehnung von „Fremden“ werden zum Erkennungsmerkmal für diese neue Mittelschicht. Man sollte zudem nicht übersehen, dass sozioökonomische Krisen eher ein verstärkender als ein auslösender Faktor von Islamfeindlichkeit sind, die es schließlich auch in Zeiten von Hochkonjunktur gegeben hat. Interkulturelle Kontaktdefizite: Während Muslimen immer wieder vorgeworfen wird, sie würden sich sozial zu wenig integrieren, pflegt ein großer Teil der nicht-muslimischen Bürger Europas keinen Kontakt zu Muslimen und hält bewusst Distanz. Kontaktarmut gilt denn auch als ein wesentlicher Faktor zur Aufrechterhaltung von Stereotypen und Vorurteilen. Muslime sind ungeachtet ihrer wachsenden Zahl und unmittelbaren Anwesenheit im lokalen Raum vielfach noch immer „abwesende Fremde“.

Eurozentrische Bildung: Bildung gilt generell als Dämpfer gegen Rassismus, und auch im Bereich der Islamfeindlichkeit lässt sich ein positiver Einfluss hoher formaler Bildung nachweisen, allerdings auf einem Niveau, das weit über das allgemeine Bekenntnis zum Rassismus hinausweist, was

Fragen über das Vorhandensein islamspezifischer Bildung in Europa aufwirft.

Die Ursachen dafür, dass die europäische Demokratie stabil erscheint, ihre Gesellschaften jedoch in hohem Maße fremden- und islamfeindlich geprägt sind, hängen auch mit dem Versagen der Politik und des Rechtssystems zusammen. Diese haben zwar in ihren zentralen Aufgabenbereichen der Legislative, Exekutive und Judikative deutliche Fortschritte bei der rechtlichen Gleichstellung des Islams gemacht, gerade ihre ideologische Entwicklung ist aber defizitär und beeinflusst die Definition des gemeinschaftlichen Wertezentrums der Gesellschaft.

Andere Phänomene der Islamfeindlichkeit zeigen dennoch, dass das politische System nicht allein und vielleicht nicht einmal hauptverantwortlich für die Islamophobie ist. Neben der Verantwortung, die jeder Einzelne besitzt, sind in mehreren Funktionssystemen der Gesellschaft, die einen Beitrag zur Lösung des Rassismusproblems leisten könnten, deutliche Fehlentwicklungen zu erkennen. Als generelle Formel kann gelten, dass die Defizite mit dem Abstand der Teilsysteme von Staat und Verfassungsauftrag wachsen.

Sehr ausgeprägt sind Probleme der Islamfeindlichkeit und der Diskriminierung in den Medien – in Massenmedien wie im Internet – und in der privaten Wirtschaft, etwas besser ist die Bilanz in Wissenschaft und Schule. Nicht alle Bereiche sind allerdings bereits empirisch hinreichend erforscht. Dennoch lässt sich sagen: Die größten Probleme der Islamophobie liegen heute nicht im Bereich der politischen Steuerung, sondern bei Werten, Wissen und Kommunikation der modernen Gesellschaft.

Das politische System der liberalen Demokratie ist durch zwei Wegmarkierungen

gekennzeichnet: den liberalen Rechtsstaat und die demokratische Souveränität. Die oberste Maxime des Rechtsstaates ist die Gleichbehandlung, Säkularismus bedeutet Gleichstellung des Individuums vor dem Gesetz. Andere Aspekte des Säkularismus wie die Trennung von Religion und Politik oder die „Privatisierung“ von Religion, die sich aus dem öffentlichen in den privaten Raum zurückzieht, sind nachrangig. Das Verhältnis von liberalem Recht und Demokratie ist konfliktreich, da die Demokratie in Wirklichkeit ein hegemoniales Prinzip verkörpert.

Demokratische Mehrheiten intervenieren daher sondern auch auf weite Teile Zentral- und Nordeuropas. In diesen Staaten erfolgt eine verspätete Anpassung an die Erfordernisse der Einwanderung, und es macht sich bemerkbar, dass die Europäische Union den kulturellen Pluralismus gestärkt hat. Islamische Verbände finden in Brüssel Gehör, die in Europa mittlerweile eingeführten Antidiskriminierungsgesetze entstehen nicht zuletzt auf Betreiben der europäischen Politik.

Kollektive Merkmale als Kriterium der Strafverfolgung

Insgesamt lässt sich erkennen, dass sowohl die nationalstaatlichen Regierungen Europas als auch die Brüsseler Politik zunehmend eine Art Wächterfunktion gegen gesellschaftliche Diskriminierung übernehmen. Anzeichen hierfür sind etwa die zahlreichen Stellungnahmen von Staatsoberhäuptern, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten für den Islam als Bestandteil Europas eingesetzt haben, staatliche Islamkonferenzen und Beratungsgremien.

Europäische Spitzenpolitiker treten als

„Islamische Verbände finden in Brüssel Gehör, die in Europa mittlerweile eingeführten Antidiskriminierungsgesetze entstehen nicht zuletzt auf Betreiben der europäischen Politik.“

Partei- und Oppositionsvertreter vielfach noch islamkritisch auf, als Minister, Regierungschefs und vor allen Dingen als repräsentative Staatsoberhäupter aber bedienen sie sich einer inkludierenden Rhetorik, die zumindest auf der Ebene symbolischer Politik den Erfordernissen des multikulturellen liberalen Rechtsstaates entspricht. Die Übernahme staatlicher Verantwortung entfaltet also eine „zivilisierende“ Wirkung. Staatliche Toleranzpolitik ist in Europa nach wie vor lebendig.

Während die staatliche Anerkennungs politik Fortschritte gemacht hat, drohen vor allem seit den Attentaten des 11. September 2001 im Feld der inneren Sicherheit neue Herausforderungen. Terrorismusbekämpfung durch Rasterfahndung und verdachtsunabhängige Kontrollen in Wohnungen und Moscheen stellen nicht nur eine Gefahr für die Freiheitsrechte von Muslimen, sondern auch für die liberale Ordnung selbst dar. Die Grenzen zwischen legitimer Gefahrenabwehr und institutioneller Diskriminierung werden von europäischen Regierungen nicht immer eingehalten, notwendige Unterscheidungen etwa zwischen gewaltbereiten und gewaltlosen islamischen Fundamentalisten werden ignoriert.

Ähnlich wie in den Vereinigten Staaten werden kollektive Merkmale, die tatsächliche oder vermeintliche Zugehörigkeit zum Islam, zu Kriterien der Strafverfolgung (ethnic profiling), was gegen die Menschenrech-

te verstößt und von europäischen Gerichten nur in ganz konkreten Verdachtssituationen erlaubt wird. Staatliche Islampolitik bleibt aus Sicht der liberalen Demokratietheorie also insgesamt ambivalent. Exekutive Politik wird so lange anfällig für Diskriminierung von Muslimen bleiben, wie auf der Ebene der Parteien und Ideologien kein umfassender multikultureller Konsens der politischen Klasse erzielt wird. Gerade der legislative Raum aber sieht sich zunehmendem Druck durch rechtspopulistische Parteien und einer bis tief in die bürgerliche Mitte hinein verbreiteten Islamfeindlichkeit ausgesetzt.

Staat und Gesellschaft begegnen und überschneiden sich im Raum der politischen Kultur, der politischen Einstellungen, Werte und Normen, die häufig wichtiger sind als die institutionellen Systeme. Ohne dass die Werte der liberalen Demokratie von den Menschen gelebt werden, ist kein politisches System in der Lage, eine entsprechende Ordnung aufrechtzuerhalten. Werte gibt es auf verschiedenen Ebenen, von religiösen metaphysischen Überzeugungen über die individuelle Lebensführung bis hin zu Normen des sozialen und politischen Zusammenlebens, und nur letztere werden von der liberalen Demokratietheorie überhaupt erfasst. Liberale Ordnungen wollen ja gerade Diversität im Bereich von religiöser Überzeugung und Lebensführung ermöglichen, sie fordern dafür aber einen integrativen Konsens über politische Grundwerte. Das Staatsvertrauen ist bei Muslimen in Deutschland hoch ausgeprägt.

Gibt es also keine Probleme bei den politischen Werten? Es ist möglicherweise ein Defizit der klassischen liberalen Theorie, dass multikulturelle Anerkennung über den Umweg der allgemeinen Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensführungen im Rahmen von Verfassungen und Gesetzen nur indirekt

erfolgt. Gemeinschaftlichkeit wird demnach paradoxerweise über die Anerkennung von Differenz erzeugt, worunter zudem eher Differenz als Grundhaltung und nicht als Verpflichtung zu einem Dialog zwischen Minderheiten und Mehrheiten in einer Gesellschaft verstanden wird.

Gemeinschaftswerte entstehen also in liberalen Systemen nicht durch die Beschäftigung miteinander, sondern durch die – geteilte – Loyalität gegenüber einem Dritten: der Verfassung. So kann es denn auch kaum verwundern, dass ein hohes Systemvertrauen bei Minderheiten wie auch bei Mehrheiten in Europa einhergeht mit gleichzeitigem gegenseitigem Misstrauen. Hier klafft eine erhebliche Wertelücke, und es droht ein Bruch zwischen den Orientierungen der politischen Systeme und der Gesellschaften Europas. Die Mehrzahl der Bürger hat die Ziele von „Freiheit und Gleichheit“ verinnerlicht, aber „Brüderlichkeit“ im Sinne eines multikulturellen Solidaritäts- und Zusammengehörigkeitsgefühls ist wenig verbreitet. Was die deutsche Soziologin Rosemarie Sackmann über die Niederlande gesagt hat, dürfte für weite Teile Europas gelten: „Politik [hat] sich auf die Integration der Zuwanderer konzentriert und die Integration der Einheimischen vernachlässigt“.

Europa hat nach dem Zweiten Weltkrieg politische und wirtschaftliche Systeme mit weltweitem Vorbildcharakter geschaffen – die kulturelle Entwicklung seiner Gesellschaftsmehrheiten konnte aber mit diesen Veränderungen nicht Schritt halten.

Die von Liberalen wie dem englischen Historiker Timothy Garton Ash geforderte Toleranz gegenüber der Islamophobie, die sich frei äußern können müsse, ist als Schutz der Meinungsfreiheit durchaus berechtigt. Das klassisch-liberale Credo der Meinungsfreiheit und der Freiheitsrechte hat

aber nicht verhindern können, dass europäische Öffentlichkeiten und Lebenswelten zu Tummelplätzen des Kulturenkampfes und der mangelnden interkulturellen Solidarität geworden sind. Außereuropäische Kulturen und Religionen, und insbesondere der Islam, werden nur von einer Minderheit als Teil der zeitgenössischen europäischen Kultur anerkannt.

Welche Gefahren aus einer solchen Situation erwachsen, zeigt die Tatsache, dass sich viele Parallelen zum europäischen Antisemitismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts erkennen lassen. Auch damals hinkte die gesellschaftliche Achtung vor dem Judentum der rapide fortschreitenden rechtlichen Emanzipation hinterher. Als Judenfeindschaft dann etwa in Deutschland in der Weimarer Republik sogar in die Parteienlandschaft vordrang, erkannten immer mehr Juden die Krisenhaftigkeit ihrer eigenen Existenz. Wie seinerzeit der Antisemitismus macht sich gegenwärtig Islamfeindlichkeit im europäischen Parteiensystem breit. Damals wie heute auch registrieren bereits einzelne Beobachter den drohenden Bruch zwischen politischem System und Gesellschaft. Sie machen sich Sorgen um die Stabilität der politischen Systeme in Europa.

Allerdings ist ein vielleicht entscheidender Unterschied zur Weimarer Situation zu erkennen. Nicht die etablierten Par-

„Europa hat nach dem Zweiten Weltkrieg politische und wirtschaftliche Systeme mit weltweitem Vorbildcharakter geschaffen – die kulturelle Entwicklung seiner Gesellschaftsmehrheiten konnte aber mit diesen Veränderungen nicht Schritt halten.“

teien werden islamfeindlicher, sondern es bilden sich neue populistische Parteien am rechten Rand, die vom Spannungszustand zwischen System und Gesellschaft profitieren und die den Bürgern eine systemloyale politische Bühne für politischen Rassismus anbieten. Ob hiervon jedoch eine systemstabilisierende Wirkung auf das liberal-demokratische System ausgeht, ist noch völlig unklar. Der Rechtspopulismus kann auch erst der Beginn einer langsamen Aushöhlung der liberalen Demokratie und einer Transformation zur populistischen Radikaldemokratie oder zu autoritären Verhältnissen sein. In Europa existieren zwar anti-islamophobe Netzwerke, deren Stärke allerdings zu wünschen übrig lässt.

Kulturalisierung des Diskurses

Da es sich bei der Islamfeindlichkeit um ein in vielen Bereichen der bürgerlichen Gesellschaft vorhandenes Phänomen handelt, das selbst in linken und intellektuellen Kreisen vorhanden ist, fällt solchen Netzwerken die gesellschaftliche Mobilisierung oft schwer. In dem Maße, wie sich der Rassismus verbürgerlicht, wird der Antifaschismus ganz neue Wege gehen müssen, gerade große gesellschaftliche Institutionen wie die Gewerkschaften sind gefordert, sich hier nachhaltiger einzubringen.

Natürlich könnte man annehmen, dass die Demokratien heute stabiler sind als zu Weimarer Zeiten in den 1920er Jahren und dass daher den Muslimen Europas keine echte Gefahr droht. Metawerte wie „Freiheit“ scheinen fester verankert denn je, die politischen Systeme solider als in jeder anderen geschichtlichen Phase Europas. Wir sind also gut beraten, den Vergleich zwischen dem historischen Antisemitismus und

der heutigen Islamfeindlichkeit mit Bedacht zu betreiben. Europas Gesellschaften haben sich im letzten Jahrhundert in vielfältiger Weise verändert. Ein Beispiel hierfür ist der wachsende Einfluss der Medien und die Ausbreitung der öffentlichen Kommunikation.

Medien ermöglichen die in einer Demokratie notwendige Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft. Gerade die Massenmedien sind zunehmend in eine Position gelangt, die Kommunikation als dritte Ressource der Politik- und Gesellschaftsentwicklung neben Macht und Ökonomie erscheinen lässt. Die Stabilität einer politischen Ordnung und eines Gesellschaftsmodells, aber auch ihr Wandel hängen in hohem Maße von den Institutionen der Massenkommunikation ab. Sie stimulieren die Entstehung von Fremdenbildern. Obwohl die gesellschaftliche Wirkungsmacht der Medien umstritten ist, können diese ebenso zur multikulturellen Anerkennung wie zur Verfestigung des Rassismus beitragen.

Mit Blick auf das Islambild deutscher und europäischer Medien scheinen explizite verbale Stereotype zwar abzunehmen, stereotype Sichtweisen werden aber über den Umweg der Themenstellung, der Themenhaushalte und der Bildgestaltung reproduziert. Die Kulturalisierung und negative Prägung des Diskurses über Muslime und die islamische Welt wird auf diese Weise in politisch korrekter Manier neu konfiguriert, und es entsteht eine paradox anmutende „aufgeklärte Islamophobie“.

Problematisch ist nicht die begründete Kritik an einzelnen muslimischen Akteuren, Praktiken usw., sondern die vor allem über die Themen- und Bildsteuerung erreichte stereotype Prägung der Berichterstattung, die die Vorstellung einer fundamentalen

Differenz zwischen islamischer und westlicher Welt zum Ausdruck bringt. Mediale und gesellschaftliche Islamfeindlichkeit bedingen sich in hohem Maße gegenseitig. Immerhin haben die Massenmedien aber verbalen Rassismus zurückgedrängt und die Repräsentation von Muslimen verbessert, auch wenn es die thematischen Zwänge oft nicht zulassen, von echter Partizipation zu sprechen.

Der Beitrag des Internets zur partizipativen Gesellschafts- und Demokratieentwicklung mag erheblich sein. Im Bereich des Rassismus jedoch sind eher Gegentendenzen einer Stärkung rassistischer Diskurse im Netz zu erkennen.

Die Machtverhältnisse von Mehrheiten und Minderheiten bilden sich auch im Internet ab, werden sogar verschärft, da die traditionellen Filterinstitutionen der Medien fehlen. Das europäische Internet ist in hohem Maße zu einem Raum für islamfeindlichen „Hate Speech“, für Rassisten und Holocaustleugner geworden. Das Internet spiegelt beim Thema Islam nicht einfach rechtspopulistische und rechtsextreme Milieus wider. Das islamophobe Segment des Netzes ist, um nur ein Beispiel zu nennen, mit etwa 50 Prozent der Weblogs deutlich größer als das prozentuale Wähleraufkommen der Rechtspopulisten, was zeigt, dass sich hier ein erheblicher Teil der bürgerlichen Mitte islamfeindlich äußert.

Virtuelle Islamophobie ist ungeachtet ihrer verbalen Artikuliertheit nicht zwangsläufig mit Gewalt verbunden, sie wird allerdings von islamfeindlichen Gewalttätern fast immer als Bezugsquelle genannt. In der Mitte der europäischen Gesellschaft bildet sich zunehmend ein Phänomen heraus, das es früher nur am gesellschaftlichen Rand gab – die Vergemeinschaftung von Rassisten. Diese virtuellen Gemeinschaften

sind zwar weder mit den alten Stammtischen noch mit den Kadergruppen der Neonazis vergleichbar, ihr Mobilisierungspotenzial im Zentrum des sozialen Lebens ist aber nicht zu unterschätzen.

Boulevardisierung von Wissensmärkten

Die europäische Wissenschaft hat in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Revisionen unter dem Stichwort der Orientalismusbattle durchlebt. Obwohl alle wesentlichen Impulse zu einer kritischen Diskussion der Stellung des Islams in Europa heute in der westlichen Wissenschaft beheimatet sind und in westlichen Akademien entstehen oder von westlichen Verlagen publiziert werden, muss fraglich bleiben, ob die nicht speziell mit dem Islam und der islamischen Welt beschäftigten Fächer eurozentrische Traditionen tatsächlich überwunden haben.

Die Wissenschaft insgesamt aber funktioniert als Leitsystem einer fundierten Kritik der Islamophobie. Gewichtige Probleme erwachsen allerdings vor allem an den Nahtstellen zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, im Bereich des öffentlichen Intellektualismus. Die europäische Öffentlichkeit hat in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Figuren hervorgebracht, die als „Islamexperten“ auftreten und als fundamentale Islamkritiker eine enorme Resonanz erzielt haben. Ihr Wirken bleibt in der Regel, von Ausnahmen wie der italienischen Journalistin Oriana Fallaci abgesehen, national begrenzt. Sie werden jedoch weitaus eher als die Wissenschaft zu öffentlichen Meinungsführern.

Die öffentliche intellektuelle Kultur in Europa ist keineswegs gegen Islamfeindlichkeit gewappnet, sondern gerade fundamentale Islamkritiker sind die Stimmgeber der

populären Islamophobie und treiben den Bruch zwischen dem politischen System und der Gesellschaft voran. Ein Phänomen der Deliberalisierung ehemals liberaler und linker intellektueller Eliten ist beim Thema Islam deutlich zu erkennen.

Die Ursachen ihres Erfolgs sind allerdings komplex. Der Bedarf der Medien nach scheinbar unabhängiger Sachkenntnis, die dann aber nicht vom Wissenschaftssystem abgestützt, sondern von den Medien selbst inszeniert wird, ist offensichtlich groß. Die Resonanz dieser Islamkritiker speist sich in der Regel aus der gleichzeitigen Präsenz auf verschiedenen Medienmärkten. Zentral ist das Zusammenspiel von Buchproduktion, Verlags-PR und der Event-Orientierung der Massenmedien, die die islamophoben Islamkritiker zu einem Ereignis machen und dabei enorme publizistische Kapazitäten aktivieren.

Medien-Meinungsführer der Islamophobie entstehen also durch externe Tendenzen zur Boulevardisierung von Wissensmärkten ebenso wie durch interne Probleme des europäischen Intellektualismus und dessen gelegentliche Anfälligkeit für reaktionäre Radikalität, die keineswegs mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und im Zuge der 68er-Bewegung verschwunden ist.

Was den öffentlichen Schulsektor in Europa angeht, ist der multikulturelle Umbau von Lehrplänen und Schulbüchern in weiten Teilen Europas in vollem Gange. Islambezogenes Wissen scheint sich allerdings in

„Was den öffentlichen Schulsektor in Europa angeht, ist der multikulturelle Umbau von Lehrplänen und Schulbüchern in weiten Teilen Europas in vollem Gange.“

den Fachlehrplänen nur sehr geringfügig niederschlagen. Teilweise wird diese gesamte Diversifizierung des Lehrstoffs in Projektlerneinheiten zum „Globalen Lernen“ ausgelagert. Lehrpläne des Fachs Geschichte sind beispielsweise vielfach von früheren Stereotypen befreit worden, der islamrelevante Wissenszuwachs aber bleibt begrenzt. Die islamische Welt findet vor allem im Mittelalter Beachtung, in der Neuzeit dominieren selektive Einblicke in regionale Konflikte (Nahostkonflikt, Golfkriege, Terrorismus usw.).

Gerade in der neuzeitlichen Geschichte bestehen enorme Wissenslücken, das Islambild ist äußerst fragmentarisch und konfliktfixiert, eine eigenständige und komparative Perspektive auf die Entwicklung orientalischer Gesellschaften in den letzten Jahrhunderten fehlt fast vollständig. Ein Thema wie Migration findet in Fächern wie Politik/Gesellschaft/Wirtschaft stärkere Berücksichtigung, heutige Untersuchungen weisen aber zum Teil auf noch immer vorhandene analytische Klischees (z.B. das Konzept des „Identitätskonflikts“) und auf eine zu geringe Beachtung der Islamophobie als eigenständiges Thema. Insgesamt bleibt unklar, inwieweit Schulbuchwissen geeignet ist, das aus den Medien stammende Zerrbild der islamischen Welt zu konterkarieren. Die über Lehrpläne und Schulbücher hinausweisende Unterrichts Praxis ist bislang kaum untersucht worden und kann daher nicht beurteilt werden.

Dass die Probleme der Islamophobie heute durch ein Zusammenspiel von zahlreichen Teilsystemen der Gesellschaft begünstigt werden, zeigt sich auch mit Blick auf die christlichen Kirchen. Grundlegende Dokumente der evangelischen Kirchenleitung in Deutschland beispielsweise zeigen ein sehr weitgehendes Abgrenzungsbedürfnis gegen-

über dem Islam. Weltökumenische Ansätze sind hier nicht zu erkennen. Es dominiert ein fundamentaler Wahrheitsanspruch. Aus Sicht der liberalen Theorie noch bedeutender ist die Tatsache, dass dieses Abgrenzungsbedürfnis auch in die soziale Alltagspraxis transferiert wird: Das gemeinsame Gebet zwischen Christen und Muslimen wird untersagt, muslimisches Personal soll in evangelischen Sozialeinrichtungen nicht eingestellt werden. Die Haltung der katholischen Kirche zum Islam ist ambivalent und sowohl durch die dialogischen Positionen des Zweiten Vatikanischen Konzils als auch durch gelegentliche Islampolemiken geprägt. Theologische Mittlerinstitutionen beider Kirchen, insbesondere die für Erwachsenenbildung zuständigen christlichen Akademien, scheinen wesentlich eher gewillt zu sein, den interreligiösen Dialog zu pflegen. Bei ihnen ist eine Unterscheidung zwischen fundamentalen theologischen und dialogischen Sozialfunktionen der Kirchen präsenter. Inwieweit die kirchliche Basis in den islamisch-christlichen Dialog einbezogen ist, lässt sich nicht mit abschließender Sicherheit sagen. Dass die Kirchen aber durchweg eine gesellschaftliche Mittlerfunktion mit Blick auf die Muslime Europas ausüben, ist zu bezweifeln.

Kai Hafez ist Professor für Vergleichende Analyse von Mediensystemen und Kommunikationskulturen an der Universität Erfurt. Er forscht einerseits zu den politischen Beziehungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt, dem Vergleich dieser beiden politischen Kulturen und Muslimen im Westen, andererseits zur Theorie der Auslandsberichterstattung, kulturvergleichender Medienethik, der Kommunikation zwischen islamischer und westlicher Welt, Medien im Nahen Osten sowie Medien und Einwanderung.